



Ulli Nissen, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin**

Tel.: 030 227 – 77147
Fax: 030 227 – 76148
E-Mail: ulli.nissen@bundestag.de
Internet: www.ulli-nissen.de

**Wahlkreisbüro
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt**
Tel.: 069 299888 - 610
Fax: 069 299888 - 612
E-Mail: ulli.nissen.ma02@bundestag.de

22. September 2016

**Erklärung nach §31 GO BT
der Abgeordneten Ulli Nissen
zum Tagesordnungspunkt 6**

- a) **Antrag von DIE LINKE „Gemeinwohl vor Konzerninteressen – CETA stoppen“
(Drucksache 18/9665)**
- ZP **Antrag von CDU/CSU und SPD „Comprehensive Economic und Trade Agreement
(CETA) – Für freien und fairen Handel (Drucksache 18/9663)**
- u. **Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „CETA-Abkommen so nicht zustimmen
(Drucksache 18/9621)**

Die von DIE LINKE und von Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Anträge vermitteln den Eindruck, heute würde im Deutschen Bundestag über CETA entschieden. Das ist nicht der Fall. Heute entscheiden wir im Deutschen Bundestag darüber, ob wir den Bundeswirtschaftsminister beauftragen, den aktuell vorliegenden Vertragsentwurf zu CETA in die parlamentarischen Verfahren zu geben.

Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, CETA als gemischtes Abkommen abzuschließen. Das heißt, dass nicht alle Teile des Abkommens in die gemeinsame Handelspolitik der EU fallen, sondern in der Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten verbleiben. Damit wird es nach der Unterzeichnung von CETA im Rat einen umfassenden Ratifikationsprozess sowohl auf Ebene des Rates und des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten geben. Alle notwendigen Dokumente und Informationen müssen transparent gemacht werden.

Die SPD hat auf ihren Parteitag mehrmals die roten Linien für die Freihandelsabkommen gezogen. Eine davon war die Garantie, dass das demokratische Recht, Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen zu schaffen, nicht gefährdet wird. Die Fähigkeit von Parlamenten und Regierungen, Gesetze und Regeln zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erlassen, dürfe auch nicht durch die Schaffung eines Regulierungsrates erschwert werden, heißt es im Beschluss des SPD-Bundesparteitages.

Mit dem CETA Abkommen sollen nun eine Vielzahl von Sondergremien geschaffen werden, deren Zusammensetzung höchst fraglich ist. Zusätzlich sollen gesetzgeberische Aktivitäten stets rechtzeitig vorher mit diesen Gremien zurückgekoppelt werden. Damit wird die Verabschiedung neuer Gesetze zum Beispiel zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich erschwert.

Das schränkt die Souveränität der nationalen Parlamente ein. Deshalb lehne ich CETA in der jetzt vorliegenden Fassung ab. Das ist nur eine der roten Linien, die ich für überschritten halte.

Um es klar zu sagen, würde heute CETA im Parlament abgestimmt, würde ich mit Nein stimmen. Wir stimmen aber heute darüber ab, ob wir CETA in die parlamentarischen Verfahren geben. Nur hier kann es Nachverhandlungen und Veränderungen an CETA geben. Die Ergebnisse werde ich prüfen, wenn CETA zur Abstimmung im Deutschen Bundestag vorliegt. Sind die roten Linien nach wie vor überschritten, werde ich mit Nein stimmen.

Ich werde mich bei der heutigen Abstimmung bei allen vorgelegten Anträgen enthalten. Bei den Oppositionsanträgen, weil es heute nicht um die Verabschiedung von CETA im Deutschen Bundestag geht. Beim Antrag von CDU/CSU und SPD, weil ich keine positive Vorabfestlegung mittragen will. Ich lasse mir den Weg für ein späteres Nein im Deutschen Bundestag offen.



22. September 2016

Ulli Nissen, MdB